



HUBERT KÜCK Fraktionsvorsitzender

Kies-Euro JETZT – Kück: „Landesregierung muss liefern.“

Im Zusammenhang mit der Diskussion um den Abbau von Kies und Sand am Niederrhein kommt der im Koalitionsvertrag von CDU und GRÜNEN vereinbarten Kies-Abgabe aktuell die erwartete Bedeutung zu. Insbesondere die GRÜNEN im Weseler Kreistag sehen im so genannten Kies-Euro einen besonderen, ordnungspolitischen Hebel, um den Raubbau natürlicher Ressourcen zu begrenzen.

Nach Worten des Fraktionsvorsitzenden seien Sand und Kies begrenzte Ressourcen. Daher würden die GRÜNEN seit vielen Jahren einen sparsamen Umgang auch und gerade im Hinblick auf die Verantwortung gegenüber nachfolgenden Generationen fordern. Zusätzlich seien neue Abgrabungen auf das absolut notwendige Maß zu begrenzen. „Der Schutz der Agrar- und Waldflächen, die Biodiversität und der Lebensraum vieler Menschen muss Vorrang haben“, so Hubert Kück. Vielmehr müsse die Aufbereitung und das Recycling von mineralischen Stoffen forciert werden. Hierbei sollte der Fokus auf eine möglichst hochwertige Verwendung gelegt werden.

Geschäftsmodelle der Kiesindustrie müssen sich ändern

„Wir sind froh, dass unsere Forderungen im Koalitionsvertrag genau in diese Richtung gehen“, so Kück. Durch die geplante Rohstoffabgabe werde nach seiner Ansicht ein ökonomischer Anreiz geschaffen, die jetzt schon vorhandenen aufgearbeiteten Baustoffe in hochwertiger Form einzusetzen. Diese Kiesersatzstoffe sind bereits jetzt kostengünstig. Bauen muss durch den Ein-



satz hochwertig recycelter Baustoffe nicht teurer werden. Das Geschäftsmodell einzelner Unternehmen, mit dem Betrieb von Abgrabungen mit anschließender Verfüllung mit mineralischen Abfällen doppelt zu verdienen, müsse laut Kück ein Ende haben.

„Die Kiesindustrie neigt nicht dazu, sich Innovationen wie z.B. dem Baustoffrecycling zu öffnen. Sie verfällt lieber in das unveränderte Verhaltensmuster, eingeübte Produktionsweisen nicht zu verändern und argumentiert hier rein ökonomisch ohne die Gegenrechnung zu präsentieren. Das ist unseriös“, so das Urteil Kücks. Durch die geplante Rohstoffabgabe werde nun der Anreiz gesetzt, die mineralischen Abfälle statt zur Auffüllung dem hochwertigen Recycling zuzuführen und gleichzeitig die Abgrabungstätigkeit zu reduzieren. Deshalb stehe nach den Worten Kücks für die GRÜNEN im Kreis Wesel unverrückbar fest, dass es Aufgabe und Verantwortung der

NRW-Landesregierung sei, im Sinne einer am Gemeinwohl orientierten Politik entsprechende Regelungen zu treffen.

Kreislaufwirtschaft am Niederrhein muss forciert werden

Außerdem dürfe Nordrhein-Westfalen im Bausektor nicht den Anschluss verlieren. „Firmen, die innovativ in diesem Bereich tätig werden und Recycling, zirkuläres Bauen und alternative Baustoffe entwickeln, müssen auch in NRW ansässig werden, vor allem auch, um die Transportwege so gering wie möglich zu halten. Die Kreislaufwirtschaft – unter Beachtung der ökologischen Rahmenbedingungen – ist der Schlüssel zu wirtschaftlichem Erfolg und zukunftssicherer Beschäftigung. Im Kreis Wesel hätten sich zudem einige Unternehmen bereits auf den Weg gemacht, die Kreislaufwirtschaft am Niederrhein umzusetzen.“

HINTERGRUND

2020 wurden bundesweit rd. 220 Mio. Tonnen mineralischer Bauabfälle statistisch erfasst. Den größten Anteil daran hatten Boden und Steine mit 129,9 Mio. Tonnen (58,6 %) und Bauschutt mit 60 Mio. Tonnen (27,2 %).

Von den 129,9 Mio. Tonnen Boden und Steinen aus Bauabfällen wurden 2020 lediglich 13,7 Mio. Tonnen bzw. 10,6 % recycelt.

Die übrigen, nicht recycelten 116,2 Mio. Tonnen bieten ein erhebliches Potenzial, um Kies und Sand künftig durch recycelte Baustoffe zu ersetzen. Mit modernen Recyclingmethoden kann zudem ein deutlich höherer Anteil des anfallenden Bauschuttes recycelt werden.

Mit 97 Mio. Tonnen wird ein Großteil der Bauabfälle an Boden und Steinen für die „Verwertung bergbau-fremden Bodenmaterials in übermäßigen Abgrabungen“ verwendet – also zum Beispiel für die Verfüllung von Kiesgruben. Das Verfüllmaterial könnte stattdessen in recycelter Form in der Bauindustrie genutzt werden, es müssten viel weniger neue Kiesgruben entstehen (und wieder verfüllt werden).

Aber: Kiesunternehmen profitieren von einer niedrigen Recyclingquote, da sie sich für die Verfüllung von Material bezahlen lassen und somit de facto doppelt an den Abgrabungen verdienen. Sie haben also aus wirtschaftlicher Sicht unter den derzeitigen Rahmenbedingungen kein Interesse daran, einen umweltschonenden und nachhaltigen Degressionspfad einzuschlagen.

Derzeit werden die Rohstoffe Kies und Sand noch in großem Umfang in Bereichen eingesetzt, in denen sie ersetzbar wären. So könnte im Straßenbau vorrangig recycelter Bauschutt statt Kies und Sand zum Einsatz kommen – bei gleicher Qualität.

Recycling von Baustoffen bedeutet bisher vor allem Trocken-Recycling. Dieses hinterlässt noch immer erhebliche Restmengen, die nicht verwendet werden können. Mit dem modernen, verbesserten Nass-Recycling kann nicht nur ein höherer Anteil der Bauabfälle recycelt werden, auch die Qualität der recycelten Endprodukte wird verbessert.



LUKAS ASTER Verkehrspolitischer Sprecher

Entwicklung des ÖPNV im Kreis Wesel – gibt's die?

Die Einschlüge kommen näher: Je länger über das geringe Tempo bei der Verkehrswende in Deutschland gestritten wird, desto kürzer sind die Abstände, in denen Katastrophenmeldungen zu Klimaereignissen bei uns eintreffen. Welchen Stand hat die Transformation bei uns im Kreis Wesel heute? Dazu eine Zwischenbilanz zur Verkehrswende am Niederrhein

Wer den toten Punkt benennen will, eine „Stunde Null“, von der aus man die Verkehrssituation im Kreis Wesel beschreiben will, der muss zurück in das Jahr 2005 gehen, als der Kreis Wesel mit den Stimmen von CDU und SPD beschloss, die NIAG aus Moers, die mit ihren Linienbussen hohe Verluste eingefahren hatte, an einen privatwirtschaftlichen Konzern zu verkaufen. Dieser Schritt, den die kommunalen

Verwaltungen seinerzeit lobten, zog gravierende Folgen nach sich: Das miese Fahrtenangebot wurde zu komplizierten und teuren Tarifen weiter reduziert, die politische Verantwortung für den Nahverkehr weitestgehend an einen privaten Konzern outgesourct, während das schwierige Verkehrsgebiet im Kreis Wesel, das städtische wie ländliche Räume sein eigen nennt und das zusätzlich vom Rhein mit nur einer Brücke in zwei Hälften zerschnitten wird, mit einem beispiellosen Bahnstreckensterben konfrontiert war.

Die seinerzeit zuständige Bundesbahndirektion Köln hatte im Zuge der Massennormmotorisierung in den 60ern bis 80ern aus dem Niederrhein ein unattraktives Sackgassensystem mit alter, maroder Technik gemacht, in denen wichtige Zwischen-

stücke herausgeschnitten worden waren und der Rest nur noch dann funktionierte, wenn die Sonne im 60-Grad-Winkel stand, der Wind aus Südwest kam, die Bahnübergänge bei der Physiotherapie gewesen und die ausübenden Lokführer und Stellwerker im gleichen Sternkreiszeichen geboren worden waren. Die Bushaltestellen, nackte Pinne gen Himmel weisend, standen ziellos in der Prärie wie Kreuzwegstationen, an denen mehr Wallfahrtsgruppen vorbeiliefen als Busse hielten. Genau hier hatte die Verkehrswende zu beginnen. Und sie hat längst begonnen.

Bis zum 31.12.2011 brauchte man streng genommen zwei Fahrkarten, um von Wesel nach Duisburg zu kommen: Eine für den VGN-Gemeinschaftstarif bis Dinslaken und weiter mit dem VRR-Tarif bis Duisburg.

Dieser Tarifdschungel lichtete sich etwas, als ab 2012 der VRR-Tarif bis Emmerich ausgeweitet wurde. Bus und Bahn aber blieben sündhaft teuer, trotz Einführung des Sozialtickets für Hartz-IV-Empfänger, daran änderte auch das digitale Ticketing über Smartphone-Apps wenig. Dafür wurden die Eltern zur Kasse gebeten, weil mit dem VRR-Tarif auch das Schokoticket, die Schülerfahrkarte, mit 12€ monatlich eingeführt wurde. Was der VRR als Solidarmodell anpries, rief bei den Landschülern heftiges Kopfschütteln hervor, da sie nun erstmals zur Kasse gebeten wurden, obwohl über den Schülerverkehr hinaus vielfach gar kein Fahrtenangebot vorhanden war. Denn eines ist ja klar: Busverkehr auf dem Land war fast immer ausschließlich Schülerbusverkehr, und darum drehte sich auch finanziell immer alles, bis zum heutigen Tag.

Diesen Artikel weiterlesen auf unserer Webseite:

www.gruene-kreistagsfraktion-wesel.de



HUBERT KÜCK Fraktionsvorsitzender

Der Kies-Euro soll den Verbrauch von Kies und Sand reduzieren



Die Landesregierung von CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN hat in ihrem Koalitionsvertrag die Einführung einer Rohstoffabgabe auf Kies und Sand in Nordrhein-Westfalen zum 1. Januar 2024 vereinbart. Die GRÜNE Kreistagsfraktion Wesel konnte mit ihrem Positionspapier zum Thema Baustoff-Recycling wesentlich dazu beitragen, dass die Einführung des Kies-Euros zum Regierungshandeln der Landesregierung werden soll.

Denn durch den sparsameren Umgang mit den endlichen Ressourcen Kies und Sand verfolgen wir GRÜNE im Kreistag Wesel gleich mehrere Ziele:

1. Wir fördern eine ressourcenschonende Kreislaufwirtschaft. Bisher werden mineralische Abfälle wie Bauschutt zu einem großen Teil in oberirdischen Abgrabungen verkippt. Dank der Abgabe werden mineralische Abfälle verstärkt wiederverwendet werden. Investitionen in moderne Anlagen zum Recycling von Baumaterialien zahlen sich aus, bereits gut funktionierende Techniken zur Wiederverwendung können in der Breite erfolgreich sein.

2. Wertvolle Flächen bleiben erhalten. Immer größere Teile unserer Heimat werden für die Förderung von Kies und Sand abgetragen und unwiederbringlich zerstört. Bäuerinnen und Bauern verlieren wertvolle Äcker, Tieren und Pflanzen werden Wiesen und Feldgehölze genommen. Durch die Abgabe eines Kies-Euro bleiben wichtige Lebensräume erhalten – das hilft auch dem Klima.

3. Der Abbau wird gerechter und Folgekosten werden eingepreist, denn aktuell wird ein relevanter Teil des Kieses und Sandes aus NRW ins Ausland exportiert, weil diese Rohstoffe bei uns deutlich kostengünstiger abgebagert werden. Die Folgen für die Umwelt sind aber bisher nicht mit eingepreist. Durch ein Angleichen der Preise an den internationalen Markt wird der Export von Kies und Sand unattraktiver.

Fragen und Antworten

Welche Auswirkungen haben die Abgrabungen auf Mensch und Natur?

Der Abbau von Kies und Sand zerstört bestehende Ökosysteme, er nimmt vielen Tier- und Pflanzenarten ihren Lebensraum. Das Abbagern vernichtet auch wertvolle landwirtschaftliche Flächen wie Äcker und Wiesen. Viele Abgrabungen hinterlassen Baggerseen – aber auch die Abgrabungen, die verfüllt und nachfolgend wieder landwirtschaftlich genutzt werden, kämpfen mit den Folgen der gestörten Bodenstrukturen und Grundwasserverhältnisse. Was der Kiesabbau mit der Landschaft macht, lässt sich beispielsweise am Niederrhein sehen. Künstliche Seen muten auf den ersten Blick vielleicht hübsch an. Aber in ihnen ist kaum Leben, da die ökologisch aktiven Flachwasserbereiche fehlen – es sind Wasserwüsten.

Das Abgraben von Kies und Sand schadet dem Grundwassersystem massiv. Kies- und Sandschichten speichern und filtern das Wasser. Die immer zahlreicher werdenden Abgrabungen legen das Grundwasser frei, so dass Schadstoffeinträge leichter möglich sind.

Was ist die Rohstoffabgabe?

Pro Tonne geförderten Rohstoffs soll ein bestimmter Prozentsatz zum Verkaufspreis hinzukommen. Indem man dem bisher für die Unternehmen, aber nicht für die Natur günstigen Ressourcenverbrauch einen Preis gibt, versucht man mit marktwirtschaftlichen Preissignalen einen Anreiz zum sparsamen Umgang und zur Umweltverträglichkeit zu setzen. Andere Umweltlenkungsabgaben sind zum Beispiel das Wasserentnahmegeld oder die Abwasserabgabe.

Was ist das Ziel der Rohstoffabgabe?

Die Rohstoffabgabe soll helfen, den Verbrauch von Kies und Sand zu reduzieren und sparsam mit diesen lokalen und endlichen Rohstoffen umzugehen. Mit ihr wird es attraktiver, moderne und nachhaltige recycelte Baustoffe zu nutzen. Natur und Landschaft müssen nicht mehr abgebagert werden, Äcker und Wiesen bleiben für Bäuerinnen und Bauern erhalten. In den Niederlanden z.B. ist man bemüht, sich um zirkuläres Bauen, also dass Gebäude so errichtet werden, dass die Rohstoffe wiedergenutzt werden können. Aber das Angebot billigen Sand und Kieses aus Deutschland unterläuft diese Bemühungen. Durch die Rohstoffabgabe wollen wir die langfristigen Kosten einpreisen, die der Kies- und Sandabbau für die Umwelt und für die Allgemeinheit hier in NRW verursacht. Wir wollen moderne Verfahren unterstützen, mit denen mineralische Reststoffe so lange und oft wie möglich (wieder) verwendet werden können – auch um die Nachhaltigkeits- und Klimaschutzziele zu erreichen.



HELGA FRANZKOWIAK Stellvertretende Fraktionsvorsitzende

Wir unterstützen den Kreis Wesel bei erneuter Klage gegen den Regionalplan Ruhr

Am 10. November wird das Ruhrparlament in Essen den Regionalplan Ruhr erwartungsgemäß verabschieden. So sieht es zumindest zum Redaktionsschluss für diese Ausgabe aus. Die Große Koalition aus CDU und SPD hat dies bereits angekündigt. Es ist zu befürchten, die GRÜNE RVR-Fraktion wird dem Plan zustimmen.

Hierzu Helga Franzkowiak, stellvertretende Fraktionsvorsitzende der Weseler Kreistagsfraktion: „Ich bedaure diese Fehlentscheidung unserer Kolleginnen und Kollegen in Essen sehr. Wir haben ihnen noch versucht deutlich zu machen, dass es unverantwortlich ist, diesem Plan vor dem Hintergrund der vom Kiesabbau ausgewiesenen Abgrabungsflächen, zuzustimmen.“ Hintergrund der Kritik ist nach Aussage von Franzkowiak die Tatsache, dass es nach der dritten Offenlage und der Auswertung der Stellungnahme des Kreises keine Gründe gegeben habe, den Entwurf noch einmal zu ändern. Das bedeute damit faktisch, dass die Flächenkulisse für den Abbau von Kies und Sand im Kreis Wesel bestehen bleibt. „Unsere eigenen

Wesel bestehen bleibt. „Unsere eigenen Leute haben nicht verstanden, um was es hier konkret geht. Ich habe den Eindruck, man lässt wieder einmal die Interessen des Kreises über die Klinge springen, zumal es politisch auch ohne Stimmen der Ruhr-Grünen, eine Mehrheit für den Regionalplan geben wird.“

„Wir unterstützen den Kreis bei einer möglichen Klage.“

Nach der Verabschiedung geht der Regionalplan dann zur Rechtsprüfung an die Landesplanungsbehörde. Das NRW-Wirtschaftsministerium hat dann drei Monate zur Prüfung Zeit. Danach und nach der Veröffentlichung muss auch der Kreis Wesel das Genehmigungsverfahren anwenden –

! „Wenn der RVR es so haben will, dann muss erneut das Gericht entscheiden.“

ob er will oder nicht. „Wir sehen es daher als gerechtfertigt, dass der Kreis und die vom Raubbau an Umwelt und Natur betroffenen Kommunen, erneut die Gerichte anrufen werden und Klage gegen den Regionalplan erheben werden.“

Wir als GRÜNE Kreistagsfraktion wollen alle möglichen rechtlichen Mittel gegen diesen Plan weiter voll unterstützen“, so Helga Franzkowiak. Nach ihrer Ansicht, steht der Regionalplan hinsichtlich der zusätzlich ausgewiesenen Kiesabbauflächen im Kreis auf wackeligen Beinen. Außerdem ist man weiterhin der Meinung, dass der RVR von einem viel zu großen Kiesbedarf ausgeht.

„Der Abgrabungsbedarf ist ein Buch mit sieben Siegeln.“

Wie groß der Kiesbedarf in diesem Jahr ist, kann noch nicht gesagt werden, da das NRW-Wirtschaftsministerium den Monitoringbericht des geologischen Dienstes noch nicht veröffentlicht hat. Laut Franzkowiak sei also der Bedarf „ein Buch mit

sieben Siegeln“. Im Planentwurf geht der RVR derzeit von einer jährlichen Fördermenge von Kies und Sanden in Höhe von rund 7 Millionen Kubikmetern aus. Das entspricht den Werten, die der geologische Dienst in seinem Monitoringbericht aus dem Jahr 2021 angegeben hatte.

Der Wert aus dem Jahr 2022 lag mit 5,9 Millionen Kubikmetern zwar deutlich niedriger, wurde aber nicht berücksichtigt. Nach Ansicht der GRÜNEN, ist die Ausweisung von Abgrabungsbereichen für 37,5 Jahre unter Zugrundelegung der Mengen aus 2021 „ein Geschenk für die Kiesindustrie“, denn sie räumt einzig ihre Vorteile ein.

Ein möglicher Ermessensspielraum der Behörde zugunsten von Umwelt und Natur werde daher wesentlich nicht ausgeschöpft. „Wer diesem Entwurf zustimmt, wendet sich gegen Umwelt, Natur und Mensch. Er ignoriert sämtliche Einsparpotentiale, die Stellungnahme der betroffenen Bevölkerung und der beteiligten Kommunen und des Kreises“, so Franzkowiak abschließend.



Der Kies-€ muss kommen!

Koalitionsvertrag umsetzen – JETZT!





GABRIELE OBSCHERNICAT Kreistagsmitglied

Grüne Kreistagsfraktion: Gentechnik hat in der Landwirtschaft nichts zu suchen

Die EU-Kommission beabsichtigt, Ausnahmen von den strengen Regelungen in der Gentechnik in der Landwirtschaft auf den Weg zu bringen. Das kritisiert Gabriele Obschernicat, Mitglied der Grünen im Kreistag Wesel, auch bezogen auf die Situation im Kreis Wesel.

Das Vorhaben der EU-Kommission, durch gentechnisch verändertes Saatgut Nachhaltigkeit in der Landwirtschaft zu fördern, ist zwingend zu hinterfragen. Das Beispiel USA macht das deutlich. Dort wurde in den letzten 20 Jahren massiv Gentechnik in der Landwirtschaft eingesetzt, mit dem Ziel Herbizide und Pestizide einzuschränken und die Nachhaltigkeit zu fördern. Das Gegenteil trat ein, der Einsatz und die Verwendung dieser Produkte nahmen deutlich zu. Die vielfältigen Einzelschritte und Forschungen in der Gentechnik sind nicht unumstritten, ihre Folgen letztendlich im Netz der Nachhaltigkeit unbekannt.

Das Prinzip der Nachhaltigkeit beinhaltet, die natürliche Regenerationsfähigkeit aller Systeme zu bewahren, vor allem von Lebewesen und Ökosystemen, die gegenwärtigen Bedürfnisse und Nutzungen so zu betreiben, dass die zukünftigen nicht eingeschränkt werden. Dabei sind Ökologie, Ökonomie und Soziales gleichrangig zu bewerten. Offenbar haben Gentechnik und Nachhaltigkeit nicht dasselbe Ziel.



Ein weiteres Problem stellt die Kennzeichnungspflicht gentechnisch veränderter Lebens- und Futtermittel dar. Auch diese soll überarbeitet werden. Transparenz und klare, verständliche Angaben sind jedoch unerlässliche Voraussetzungen für eine gefahrlose Nutzung unserer Lebensmittel. Der Biolandwirtschaftsverband und die Naturschutzverbände haben sich bereits gegen die Vorhaben der EU-Kommission gestellt und damit auch für den Schutz der Verbraucher plädiert.

Sorge um Ökolandwirtschaft

Der Vorschlag der EU-Kommission käme auch einem Ende der Öko-Landwirtschaft gleich. Diese ist per Definition gentechnikfrei und muss bereits heute mit einem immer größeren Aufwand vor Kontamination durch Wind und Samenflug geschützt werden.

Auch hier ist eine Lockerung der Abstandsregeln vorgesehen, die Imker ebenfalls vor Probleme stellen wird. Noch gibt

es ungefähr 130 mittelständische Saatgutbetriebe in Deutschland. Es besteht durchaus die Gefahr, dass sie durch Großkonzerne in große Bedrängnis geraten könnten.

Die Gentechnik löst kein Problem der Klimaveränderungen

„Das angestrebte Gesetz hat aus meiner Sicht mit Nachhaltigkeit nichts zu tun. Es ist auch keine Lösung für die Probleme der Klimaveränderungen. Rund 80 Prozent der Menschen in Deutschland lehnen gentechnisch veränderte Lebensmittel ab“, so Gabriele Obschernicat.

Weiter sieht sie das Vorgehen, die ungebrochene Macht von Lobbyisten, Partikularinteressen und Wirtschaftsverbänden auf der EU-Ebene mit Besorgnis. Die damit einhergehende Gewinnmaximierung und Marktbeherrschung von Großkonzernen zielt offenbar auf Patente und damit verbundener Profite ab, die bis in unsere Kleingärten hineinreichen sollen.

„Kein gutes Vorhaben, weder für Natur, Umwelt und den Menschen, für Nachhaltigkeit und Biodiversität und das Gemeinwohl. Es schafft neue, andere und bisher unbekannte Probleme mit unkalkulierbaren Folgen.“



CHRISTIAN DRUMMER-LEMPERT Stellvertretender Fraktionsvorsitzender

Gastronomie braucht Planungssicherheit bei Mehrwertsteuer

Seit der Corona-Krise gilt in der Gastronomie der vergünstigte Steuersatz von sieben Prozent auf Speisen. Vor dem Hintergrund der steigenden Energiepreise, der Inflation und des Ukraine-Kriegs wurde diese Regelung als bürokratiearmes Kriseninstrument aufrechterhalten, soll aber zum Ende des Jahres auslaufen. Die Situation der Gastronomiebetriebe zeigt jedoch: Die Krise ist nicht vorbei. Die GRÜNE Kreistagsfraktion spricht sich daher für eine Verlängerung der Mehrwertsteuersenkung aus. Eine Wiederanhebung des Steuersatzes halten die GRÜNEN zum jetzigen Zeitpunkt sowohl aus sozialen als auch wirtschaftlichen Gründen für verfrüht.

„Die Gastronomen müssen Planungssicherheit erhalten. Finanzielle Klarheit ist

notwendig, um Entscheidungen für das kommende Jahr treffen zu können“, so Christian Drummer-Lempert, der stellvertretende Fraktionsvorsitzende. „Dies gehe nur, wenn sicher ist, mit welchem Steuersatz zu kalkulieren ist, um weitere Schritte wie zum Beispiel eine Vier-Tage-Woche für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in die Planung aufzunehmen“. Drummer-Lempert fordert eine einfache und intelligente Entscheidung von der Bundesregierung. Ein einheitlicher Steuersatz ist für beide Seiten fair – für die Gastronomie und die Verbraucher. „Wir wollen die Gastronomie stärken. Deshalb ist der Kreis Wesel seit Jahren aktives Mitglied bei NiederrheinTourismus. Die Gastronomie ist ein relevanter Wirtschaftszweig, vielfach eine touristische Attraktion und Visitenkarte kreisweit.“

Wir wollen die Gastronomie im Kreis stärken

Allerdings bedarf es einer grundlegenden Reform des Mehrwertsteuersystems. Die Regelungen sind in ihrer jetzigen Form zu kompliziert, in sich nicht schlüssig und entsprechen nicht der gesellschaftlichen Realität: „Bin ich unterwegs und trinke einen Coffee-To-Go, zahle ich eine 19% Mehrwertsteuer. trinke ich eine Latte Macchiato-To-Go, dann sind es nur 7%. Denn da der Milchanteil größer als 75% ist, gilt es als Milchmischgetränk und wird somit steuerlich begünstigt. Wenn ich meinen Latte Macchiato aber mit Hafer- oder Sojamilch trinken möchte, dann sind wieder 19% fällig, denn Kuhmilch gilt als Grundnahrungsmittel und Hafermilch eben nicht. Wenn ich den Latte Macchiato

im Café sitzend trinke – egal welche Milch nun drin ist – zahle ich wieder die vollen 19%.“ Oder um ein zweites Beispiel zu nennen: „Wer Babynahrungsmittel kauft, zahlt darauf die vollen 19%. Wer allerdings Hunde- oder Katzennahrung kauft, zahlt nur 7%. Tiernahrung gilt in diesem Fall als Grundnahrungsmittel, Babynahrung nicht.“ Im Zuge einer grundsätzlichen Überarbeitung der Mehrwertsteuer könne man sich durchaus am skandinavischen Modell orientieren, welches eine höhere Besteuerung von Luxusgütern und Genussmitteln wie Alkohol vorsieht. Damit könne man eine Lücke, die durch steuerbegünstigte Produkte entsteht, wieder schließen. Drummer-Lempert betont, dass Entscheidungen – auch im Steuerrecht – für die Bürgerinnen und Bürger stets verständlich und nachvollziehbar sein müssen.



Einladung zur Lesung mit BÄRBEL HÖHN

aus ihrem Buch: „Lasst uns was bewegen – Was wir jetzt für die Zukunft unserer Enkel tun können“

14. Dezember 2023 um 18:30 Uhr
SCALA Kulturspielhaus, Wilhelmstraße 8-10 in Wesel

Der Eintritt ist frei – Eine Anmeldung unter verband@gruene-kreis-wesel.de ist erforderlich.

Weitere Informationen unter:
www.gruene-kreis-wesel.de





HUBERT KÜCK Fraktionsvorsitzender

Kreistag muss Spiegelbildlichkeit der Bevölkerung darstellen – auch in Wesel

Laut Hubert Kück, Vorsitzender der GRÜNEN Fraktion im Kreistag Wesel, lebt die Demokratie von Teilhabe. „Idealerweise stellen Parlamente und Vertretungen Spiegelbilder unserer Gesellschaft dar. Nur wenn alle Bevölkerungsgruppen vertreten sind, ist auch sichergestellt, dass sich alle Teile unserer Gesellschaft einbringen können und Gehör finden“, so Kück.

Die Realität – und unser Kreistag ist nur eines von vielen Beispielen dafür – sieht anders aus. Aktuell sind lediglich 18 der 66 Kreistagsmitglieder Frauen. Menschen mit Beeinträchtigung sind deutlich unterrepräsentiert und auch Menschen mit Migrationshintergrund. Ziel des Antrags ist die Stärkung der Partizipation von unterrepräsentierten Bevölkerungsgruppen. So soll insbesondere der Anteil von Frauen, aber auch von Menschen mit Behinderung und Migrationshintergrund, in den kommunalen Vertretungen des Kreises erhöht werden. Gerade die „möglicherweise“ etwas überrepräsentierte männliche Sichtweise erfordert eine Korrektur durch einen umfassenderen Blick auf Sachverhalte.

Umfassenderen Blick auf Sachverhalte

Die Auswirkungen der Politik betrifft alle Menschen in der Gesellschaft gleichermaßen. Es muss normal sein, dass alle Bevölkerungsgruppen angemessen vertreten sind. Es bedarf also einer Veränderung, die wir durch konkretes Tun herbeiführen und ermöglichen möchten. Die Erweiterung des Blickwinkels bietet gute Chancen, Sachfragen ganzheitlich zu gewichten und politischen Beschlüssen eine zusätzliche Qualität zu geben.

Bessere Information durch Verwaltung

Wir fordern daher in einem gemeinsamen Antrag mit der CDU-Kreistagsfraktion die Kreisverwaltung auf, über Struktur, Möglichkeiten und Wahrnehmung kommunaler Ehrenämter besser zu informieren. Mit der ihr eigenen Kompetenz, soll ein konkretes Vorgehen entwickelt werden, wie eine Stärkung der Partizipation an demokratischen Prozessen im Bereich der Kommunalverwaltung erreicht werden kann.

nalverwaltung erreicht werden kann. Eine verstärkte Informationsweitergabe über Aufgaben und Entscheidungswege kann zum Beispiel durch Gleichstellungsbeauftragte, Schwerbehindertenvertretung und Integrationsmanagement aber auch – wenn gewünscht – durch Vertreterinnen und Vertreter der Fraktionen erfolgen.

Unterrepräsentierte Bevölkerungsgruppen für Politik motivieren

Der Anspruch sowohl an Politik als auch an Verwaltung muss sein, Menschen mitzunehmen, sie zu motivieren und zu begeistern. Dies kann durch Informationsveranstaltungen, Tag der offenen Tür, Jobcoaching, Mentoring-Programme und grundsätzlich durch bessere Vernetzung zwischen Politik, Kreisverwaltung und Unternehmen im Kreis gefördert werden. Durch niedrigschwellige Informationsangebote werden Wege für eine politische Teilnahme eröffnet. Politik und Verwaltung müssen sich gleichermaßen öffnen. Im Bereich der Partizipation von unterrepräsentierten

Bevölkerungsgruppen müssen wir uns den gesellschaftlichen Herausforderungen stellen, die Zukunftsfähigkeit bewahren und unseren Blick auf die gesamte Gesellschaft richten.

Jugendparlament – Konzeptentwicklung beantragt

„Die Einbindung junger Menschen in die kommunale Selbstverwaltung ist ein wichtiges Anliegen zur Stärkung der demokratischen Partizipation“ sagt Hubert Kück. Mit dem gemeinsam mit der CDU gestellten Antrag fordern wir die Kreisverwaltung auf, ein Konzept zur Einrichtung eines Jugendkreistags zu erarbeiten.

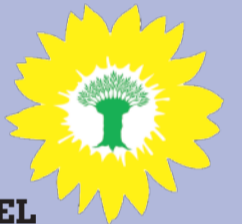
Ziel sei es, dort selbstbestimmt Themen, die insbesondere junge Menschen interessieren, zu diskutieren und der Kreispolitik vorzustellen. Somit will man die Abläufe zur Meinungsbildung in kommunalen Parlamenten, ganz praktisch erlebbar machen.

Es geht um den Austausch von Argumenten und nicht um eine parteipolitisch geprägte Diskussion. ■

Sie wollen stets gut informiert sein?

Dann besuchen Sie einfach unsere Internetseite. Hier finden Sie alle Informationen zu uns und unserer Arbeit im Kreis Wesel unter: www.gruene-kreistagsfraktion-wesel.de

GRÜNE KREISTAGSFRAKTION WESEL



ANDREAS BLANKE Fraktionsgeschäftsführer

GRÜNE Kreistagsfraktion vor Ort bei der Burghofbühne Dinslaken

Im Rahmen ihrer Reihe „GRÜNE Fraktion vor Ort“ tauschten sich neben dem GRÜNEN Fraktionsvorsitzenden Hubert Kück auch die Kreistagsmitglieder Christian Drummer-Lempert, Petra Schmidt-Niersmann und Peter Schmidt auf Einladung der Burghofbühne Dinslaken mit dem Intendanten Mirko Schombert, Verwaltungsleiterin Heike Czarnetzki-Buschheuer sowie Chefdisponentin und Leiterin für Marketing Sonja Wies aus.

Nach einer umfassenden und informativen Führung durch die Probenräume, Werkstätten und den Fundus der Burghofbühne, fand ein angenehmer und reger Austausch zwischen den Beteiligten zur aktuellen Situation der Burghofbühne statt. Auf die Frage von Drummer-Lempert, der auch Mitglied der Mitgliederversammlung des Landestheater Burghofbühne ist, wie sich die Suche nach neuen Schauspielern und Schauspielerinnen gestaltet, konnte Intendant Schombert berichten, dass sich die Bewerbungen sowohl in quantitativer als auch in qualitativer Hinsicht „im grünen Bereich“ bewegen. Grundsätzlich sei die Umbesetzung allerdings schwierig, da Neueinsteiger sich in kurzer Zeit in bis zu 9-10 Stücke einarbeiten müssten.

Spagat zwischen Vermarktung und künstlerischem Anspruch

In Bezug auf die Auswahl neuer Stücke finde auch eine Absprache mit anderen Landesbühnen statt, damit es hier zu keinen Überschneidungen kommt. Man behalte auch die Umsetzung von aktuellen



Themen wie Krieg, Ukraine oder den Klimawandel stets im Blick. Allerdings käme es hier oftmals zu einem Spagat zwischen Vermarktung der Stücke und dem künstlerischen Anspruch. Die Auslastung sei derzeit ausreichend, allerdings sind die Ressourcen begrenzt und man verfüge über keine weiteren Kapazitäten, so Schombert weiter.

Lob für gute Qualität der künstlerischen Leistung

Die Frage nach der aktuellen finanziellen Situation konnte dahingehend beantwortet werden, dass die Kommunen mittlerweile beim Einkauf von Stücken vermehrt auf die Refinanzierung achten müssten. Die Burghofbühne habe weiterhin ein

gutes Standing. In diesem Zusammenhang lobte Hubert Kück nochmals die gute Arbeit und Qualität der Burghofbühne sowie das offensichtlich sehr angenehme Arbeitsklima, das dort vorherrscht. Im Hinblick auf die finanzielle Zukunft wurde berichtet, dass die Burghofbühne an jeder Ecke optimiert und einspart. Als anschauliche Beispiele hierfür wurden im Rahmen der Führung die Optimierung der Bauweise der Bühnenkulissen sowie die Wiederverwendung von Kostümen aus dem umfangreichen Kleiderfundus näher erläutert. „Trotz aller Verbesserungsmöglichkeiten befinden wir uns jedoch am finanziellen Limit und der Optimierungsgrad ist ausgeschöpft“, konnte Sonja Wies ausführen, die sich in dem Bereich „Transformation für kulturelle Nachhaltigkeit“ an der

IHK weiter ausbildet. Drummer-Lempert bestätigte, dass „man von der Burghofbühne mit wenig Mitteln sehr viel Theater geboten bekommt.“

Finanzierung muss verlässlicher werden

Allerdings stehe die Planungssicherheit auf der Kippe. Man verkaufe Stücke und schließe Verträge mit Darstellerinnen und Darstellern ab, allerdings bestehe noch keine verlässliche Gegenfinanzierung. Hinsichtlich der drohenden Finanzierungslücke, verursacht durch längst überfällige Tarifanpassungen und erhöhte Material- und Betriebskosten, konnte Czarnetzki-Buschheuer berichten, dass eine konkrete Finanzierungszusage durch das Land nur bis Ende 2023 bestehe und die Tarifsteigerungen ab 2024 noch nicht gedeckt seien. Zur genauen Größe der Finanzierungslücke werden aktuell die Zahlen für 2024 und 2025 aufbereitet.

Kück schloss das Gespräch mit der optimistischen und aufmunternden Aussage, dass eine höhere Finanzierung durch alle Beteiligten möglich sein muss, da der Eigenanteil der Burghofbühne nicht aus eigener Kraft geschlossen werden kann. Man verabredete sich, weiterhin im regen Austausch insbesondere im Hinblick auf die weitere Finanzierung zu bleiben. ■

IMPRESSUM

Redaktion:
Kreistagsfraktion Bündnis 90/Die Grünen
Reeser Landstraße 31, 46483 Wesel
Telefon 0281/2072004
gruene-fraktion@kreis-wesel.de

Entwurf, Satz, Produktion:
TYPOGRAF - Franken-Tuschen GbR
typograf@johannes-tuschen.de

Besuchen Sie uns auch in den sozialen Netzwerken:

@GrueneKTWesel
@gruenektwesel

